

„Keine einfache Zeit für die Kirche in Liechtenstein“

Interview S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit
Chefredaktor Tino Quaderer, Liechtensteiner Volksblatt

1. Dezember 2007

Die ersten zehn Jahre Erzbistum Vaduz waren gemäss Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein keine einfachen Jahre. Für die Zukunft des Erzbistums erhofft sich der Erbprinz, dass eine klare Entflechtung gelingt und sich das Erzbistum danach verstärkt um seine eigentlichen Aufgaben kümmern kann.

«Volksblatt»: Wie fällt aus Sicht des Fürstenhauses die Bilanz nach den ersten zehn Jahren Erzbistum aus?

Erbprinz Alois: Die ersten zehn Jahre Erzbistum waren sicherlich keine einfache Zeit für die Kirche in Liechtenstein.

Einerseits wurde die Errichtung des Erzbistums von vielen abgelehnt. Andererseits wurde mit der anschliessenden Gründung des Vereins für eine offene Kirche eine bereits latente Spaltung in ein Rom-treues Lager und in ein Lager, das seine Ausrichtung selbst bestimmen möchte, öffentlich.

Was hätte rückblickend betrachtet anders gemacht werden können oder sollen?

Vielleicht hätte eine andere Kommunikation bei der Errichtung des Erzbistums zu weniger emotionalen Reaktionen und damit zu einer weniger massiven Ablehnung geführt. Allerdings glaube ich, dass die Errichtung eines Erzbistums in jedem Fall intensive Diskussionen verursacht hätte.

Braucht Liechtenstein ein Erzbistum?

Grundsätzlich hätte Liechtenstein sicherlich auch ohne grössere Probleme weitere Jahrhunderte lang beim Bistum Chur bleiben können. Andererseits haben in den letzten Jahrzehnten andere Kleinstaaten wie Luxemburg und Monaco ihr eigenes Erzbistum erhalten.

Somit war die Errichtung eines Erzbistums Liechtenstein sicherlich nur eine Frage der Zeit, zumal es bereits in den Jahren davor vom liechtensteinischen Klerus diskutiert wurde.

Die Zukunft des Verhältnisses von Staat und Kirche wird derzeit mit dem Entflechtungsprojekt neu gestaltet. Warum braucht es überhaupt eine Entflechtung? Was funktioniert heute nicht?

Seit dem 2. Vatikanischen Konzil wird von der katholischen Kirche eine Entflechtung von Kirche und Staat angestrebt. Sie wurde inzwischen in vielen Staaten durchgeführt, sodass wir mit unserer engen institutionellen Verknüpfung heute einen Sonderfall darstellen, der so von der katholischen Kirche nicht mehr gewünscht ist.

Ausserdem sind wir auf staatlicher Seite bestrebt, dass die staatlichen Organe nur jene Aufgaben wahrnehmen, die nicht andere besser wahrnehmen. Die enge institutionelle Verknüpfung zwischen Staat und katholischer Kirche hat auch immer wieder zu Konflikten zwischen Politik und Kirche geführt. Dies hat jeweils unnötig Kapazitäten bei staatlichen Organen wie auch bei der Kirche gebunden, die man für die eigentlichen Aufgaben besser hätte einsetzen können.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Kirchen künftig machen können was sie wollen, ohne dass der Staat irgendwie korrektiv Einfluss nehmen könnte?

Grundsätzlich sollen die Kirchen machen können, was sie wollen, solange sie sich an die Verfassung und die Gesetze halten. Würde der Staat darüber hinaus einen «korrektiven Einfluss» wahrnehmen wollen, würde er gegen die Religionsfreiheit verstossen.

Die Kirchen sind auch nicht irgendwelche abstrakten Institutionen, sondern bestehen aus ganz normalen Bürgern, deren Freiheit durch solche staatliche «korrektive Einflussnahmen» völlig unnötig beschnitten würde. In Zukunft soll der Staat nur noch korrigierend eingreifen, wenn Gefahr besteht, dass gegen die Verfassung oder Gesetze verstossen wird.

Ist der vorliegende Vorschlag der richtige Weg?

Der von der Regierung unlängst publizierte Vorschlag geht in die richtige Richtung. Man könnte bei der Trennung oder Entflechtung zwar an einigen Stellen noch weitergehen, beispielsweise bei der Finanzierung oder indem man überhaupt nicht mehr die katholische Kirche und andere Religionsgemeinschaften in der Verfassung verankert.

Wenn man aber von der engen heutigen Verflechtung ausgeht, ist der Vorschlag ein guter Kompromiss, der traditionelle Elemente bewahrt, solange sie nicht einer nachhaltigen Lösung im Wege stehen.

Wie soll es in der Frage der Kirchengüter weitergehen?

Bei den Kirchengütern sollten möglichst klare Besitzverhältnisse geschaffen werden, die möglichst wenig Konfliktpotenzial haben.

Um dies zu erreichen,

sollten die Kirchengüter grundsätzlich nur einen Eigentümer haben und die Nutzung der Kirchengüter sollte mit dem Eigentum übereinstimmen. Güter, die hauptsächlich von der Kirche gebraucht werden, wie die Kirchengebäude und Pfarrhäuser, sollten in den Besitz der Kirche übergehen und allfällige Güter, die hauptsächlich von der Gemeinde gebraucht werden, in den Besitz der Gemeinde. Wenn dies nicht geschieht, bleibt unnötiger Anlass zu Streitigkeiten zwischen

Eigentümer und Benutzer. Ausserdem wäre dies eine Lösung, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandelt. Würde man bei den Kirchengütern anders entscheiden, dann müsste man konsequenterweise die evangelischen Kirchengebäude verstaatlichen. Dies wäre der völlig verkehrte Weg.

Ein Knackpunkt dürfte auch die Finanzierung der Kirche sein. Geht der Regierungsvorschlag in dieser Frage in die richtige Richtung?

Ja. Man könnte zwar bei der Finanzierung auch noch einen Schritt weiter gehen und – wie in der USA – auf eine Finanzierung, die nur auf Spenden beruht, umstellen. Dies würde meiner Ansicht nach die klarste Entflechtung bringen, aber wäre angesichts unserer bisherigen Tradition wohl ein zu radikaler Schritt. Daher finde ich eine Mandatssteuer, ähnlich wie sie sich in Italien und anderen Staaten bewährt hat, einen guten Kompromiss. Sie gibt dem Steuerzahler mehr Mitbestimmung.

Anstatt dass der Staat wie heute einfach einen Teil seiner Steuer den traditionellen Religionsgemeinschaften zuweist, kann bei der Mandatssteuer jeder selbst entscheiden, ob er einen Teil seiner Steuer einer anerkannten Religionsgemeinschaft widmet oder lieber einem anderen guten Zweck.

Droht dem Erzbistum dadurch nicht ein finanzieller Aderlass?

Nein. Die Erfahrung in anderen Staaten wie in Italien hat gezeigt, dass mehr Steuerzahler als erwartet ihre Steueranteile den Religionsgemeinschaften widmeten. Auch wenn sie nicht immer mit allem einverstanden sind, was die Geistlichen predigen, so denken sich offensichtlich viele, dass es letztendlich vielleicht doch besser sein könnte, wenn man die Kirche unterstützt.

Bis wann soll die Entflechtung durchgeführt werden?

Die Entflechtung sollte möglichst bald durchgeführt werden. Dies ist ein Thema, dass nun schon seit zehn Jahren diskutiert wird. Ein Zuwarten wird keine neuen Erkenntnisse bringen. Ausserdem stehen wir bei den Gemeinden am Anfang einer Mandatsperiode, wo das schwierige Thema der Kirchengüter viel leichter diskutiert werden kann als vor Wahlen.

Wo sehen Sie das Erzbistum in zehn Jahren?

Ich hoffe, dass wir eine möglichst klare Entflechtung erreicht haben werden, dass das Erzbistum daraufhin mehr Zeit haben wird, sich auf seine eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren, und dass es dabei zu unser aller Wohl erfolgreich sein wird.